

23. November 2020

## Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt Bundesvorstand

## Pressestelle

Olof-Palme-Str. 19 60439 Frankfurt a. Main

Tel.: 069 - 95 73 7 - 135 E-Mail: presse@igbau.de www.igbau.de

<u>Mangel an altersgerechten Wohnungen – nur 2,4 Prozent barrierearm</u>

## Corona-Krise verschärft Folgen der "grauen Wohnungsnot" massiv

IG BAU-Vorsitzender Feiger warnt vor geplanten Kürzungen der Förderung

Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), Robert Feiger, hat massive Wohnprobleme für ältere Menschen in der derzeitigen Corona-Pandemie beklagt. Es gebe in Deutschland seit Jahren einen eklatanten Mangel an altersgerechten Wohnungen. Durch die Corona-Krise hätten sich die Folgen der "grauen Wohnungsnot" dramatisch verschärft, so Feiger. Ältere Menschen, die aus Angst vor dem Coronavirus nicht mehr das Haus verließen, müssten Tag für Tag 24 Stunden in ihren zum Großteil nicht altersgerechten Wohnungen verbringen. Robert Feiger: "Die soziale Isolation in der eigenen Wohnung macht das Problem für viele Ältere noch akuter."

In den kommenden Jahren wird sich nach Worten des IG BAU-Bundesvorsitzenden das Senioren-Wohnproblem durch einen wachsenden Anteil Älterer in der Gesellschaft weiter verschärfen, wenn nicht massiv gegengesteuert wird. In diesem Zusammenhang warnte Robert Feiger vor der geplanten Reduzierung der Bundesmittel zur Förderung von altersgerechten Umbauten und Modernisierungen im kommenden Jahr.

Feiger verwies auf Berechnungen, wonach ab 2035 rund 24 Millionen Menschen zur Altersgruppe "65plus" gehören. Der Bedarf an Senioren-Wohnungen steige damit enorm. Derzeit gebe es bundesweit lediglich knapp 1 Million altersgerechte Wohnungen. Das seien nur 2,4 Prozent des Wohnungsbestandes. Hinzu komme, dass in mehr als der Hälfte dieser Wohnungen ausschließlich Menschen lebten, die jünger als 65 Jahre seien.

Um den Bedarf der zukünftigen Senioren-Generation zu decken, müssten bis 2030 mindestens 4 Millionen altersgerechte Wohnungen zur Verfügung stehen, so die IG BAU. Feiger: "Das betrifft den Neubau von altersgerechten Wohnungen, aber vor allem auch das altersgerechte Sanieren. Ein Großteil der erforderlichen Senioren-Wohnungen wird durch den Umbau vorhandener Wohnungen entstehen müssen".

Neben dem Bau von mehr Sozialwohnungen und der Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum gehöre die massive Aufstockung der Zahl seniorengerechter Wohnungen zu den wichtigsten wohnungsbaupolitischen und gesellschaftlichen Herausforderungen dieses Jahrzehnts. Feiger: "Wir müssen auch auf dem Wohnungsmarkt dringend auf die demografische Entwicklung reagieren".



Presse-Information IG Bauen-Agrar-Umwelt Bundesvorstand Seite 2/2

Der IG BAU-Vorsitzende fordert vor dem Hintergrund des steigenden Bedarfs an Senioren-Wohnungen eine deutlich stärkere Förderung von altersgerechten Umbauten und Modernisierungen. So müsse das bestehende KFW-Zuschuss-Förderprogramm zum altersgerechten Umbau stark ausgeweitet werden. Feiger: "Das Programm ist mit Bundesmitteln aufgestockt worden – auf jetzt 150 Millionen, die in diesem Jahr bereitstehen."

Mit dem Programm für das Seniorenwohnen wurden nach einer aktuellen Zwischenbilanz der KfW in den ersten neun Monaten dieses Jahres fast 74.000 Wohneinheiten gefördert, so die IG BAU. "Das ist allerdings nicht mehr als der Tropfen auf dem heißen Stein. Wir brauchen hier eine deutliche finanzielle Aufstockung in den kommenden Jahren", so Feiger. Danach sehe es derzeit allerdings nicht aus: Nach den aktuellen Haushaltplanungen sollen die Mittel, so Feiger, im kommenden Jahr sogar reduziert werden – auf 130 Millionen Euro. "Dies wäre angesichts der sich weiter verschärfenden 'grauen Wohnungsnot' ein fatales Signal", sagt IG BAU-Chef Feiger.

In diesem Zusammenhang schlug der Gewerkschaftsvorsitzende eine Selbstverpflichtung für große Wohnungskonzerne vor: "Mit Blick auf den eklatanten Mangel an Seniorenwohnungen sollten sich die Wohnungsunternehmen verpflichten, einen bestimmten Prozentsatz der freiwerdenden Wohnungen altersgerecht umzubauen." Dieser Anteil sollte bei mindestens 20 Prozent liegen, fordert Feiger.

